



**Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

35. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

18. Juni 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.15 Uhr,

13.30 Uhr bis 14.10 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenographin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur
Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes (ZustVOtU)**

Vorlage 12/1342

1

- Einleitende Erläuterung eines Vertreters der Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft
- Diskussion

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Anhörung des Ausschusses durch diese Beratung erfolgt ist.

^{*)} öffentlicher Teil s. APr 12/615

2 Förderung der Fachseminare im Bereich der Altenpflege

Vorlage 12/1376

- Resolutionsvorschlag der Ausschußmitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (s. Anlage 1)
- Resolutionsvorschlag der Ausschußmitglieder der Fraktion der CDU (s. Anlage 2)

3

Der Ausschuß stimmt dem Resolutionsentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit deren Stimmen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zu.

Den Resolutionsentwurf der Fraktion der CDU lehnt der Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU ab.

3 Nachtragshaushaltsgesetz 1997

Drucksache 12/2100

Vorlage 12/1391

3

Nach kontroverser Diskussion stellt Wolfram Kuschke für die SPD-Fraktion den Antrag gemäß § 24 Abs. 1 i. V. m. § 45 Abs. 3 der Geschäftsordnung auf Schluß der Debatte. Dieser Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Der Ausschuß nimmt dann mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU das Nachtragshaushaltsgesetz - Einzelplan 07 - mit Ausnahme der nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Teile an.

4 Zukunft des Staatsbades Oeynhausen

Vorlagen 12/1338 (und Anlage) und 12/1368

16

- Bericht des Ministers
- Ausführliche Diskussion

5 Neuorganisation der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand in Nordrhein-Westfalen

25

- Bericht des Ministers
- Diskussion

Gutachten, Stellungnahmen und der Verordnungsentwurf werden an die Abgeordneten weitergereicht, so daß das Thema nach der Sommerpause auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

Der **Vorsitzende** stellt fest, daß die Anhörung des Ausschusses durch diese Beratung erfolgt ist.

2 Förderung der Fachseminare im Bereich der Altenpflege

Vorlage 12/1376

- Resolutionsvorschlag der Ausschußmitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (s. Anlage 1)
- Resolutionsvorschlag der Ausschußmitglieder der Fraktion der CDU (s. Anlage 2)

Für die CDU-Fraktion bringt **Hermann-Josef Arentz** an dem Entwurf der Ausschußmitglieder der Fraktion der CDU eine Korrektur an: Unter 1. dürfe es nicht heißen: "Die CDU-Landtagsfraktion ...", sondern der Text müsse lauten: "Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales ..."

Der **Ausschuß** stimmt dem Resolutionsentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit deren Stimmen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zu.

Den Resolutionsentwurf der Fraktion der CDU lehnt der Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU ab.

3 Nachtragshaushaltsgesetz 1997

Drucksache 12/2100
Vorlage 12/1391

Der **Vorsitzende** teilt mit, für die Beratung des Nachtragshaushaltes sei zwischen den Fraktionen ein Zeitplan aufgestellt worden, der eine Berichterstattung gemäß Anlage 3 der Geschäftsordnung nicht vorsehe. Aus diesem Grunde habe man die zuständigen Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses - Dr. Bajohr, Kern und Lux - zu der Sitzung dieses Ausschusses eingeladen. Auf die in Anlage 3 der Geschäftsordnung vorgesehene Berichterstattung sei damit im Einverständnis aller Fraktionen verzichtet worden.

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Dr. Axel Horstmann, begründet die Einbringung des Nachtragshaushaltes mit laut der Steuerschätzung vom Mai in diesem Jahr nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Ländern zu erwartenden erheblichen Steuermindereinnahmen. Aufgenommen worden seien in den Nachtrag deshalb nahezu ausschließlich

- erforderliche Veränderungen zur Schließung der genannten Deckungslücke und
- Ansätze zur Abdeckung eines unabweisbaren Finanzbedarfs.

Anschließend hebt Dr. Horstmann einige der betroffenen Positionen des Einzelplans 07 besonders hervor.

Kap. 07 030, Tit. 685 72 - Integration junger Arbeitsloser in die Arbeitswelt

7.000.000 - neu -

Angesichts der sich zuspitzenden Lage auf dem Arbeitsmarkt wolle die Landesregierung mit dem neu ausgebrachten Ansatz von 7 Millionen DM die Integration junger Menschen in das Erwerbsleben fördern, allerdings wohlwissend, daß es damit dennoch nicht gelingen werde, eine Ausfallbürgschaft für fehlende Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes und von seiten der Bundesanstalt für Arbeit zu übernehmen.

Kap. 07 430, Tit. 687 00 - Zuschuß an das Staatsbad Oeynhausen zur Sicherstellung der Liquidität

4.614.000 - neu -

Durch die Spargesetze der Bundesregierung befänden sich sämtliche Kurorte in einer außerordentlich schwierigen Situation, insbesondere aber diejenigen mit überdurchschnittlich vielen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. Dazu zähle zweifelsohne Bad Oeynhausen mit 17 Reha-Einrichtungen und 3 Schwerpunktkliniken. Da Oeynhausen seine Einrichtungen zu 70 % aus den drei Ertragsgruppen Kurtaxe, Kurmittel und Quellwasserabgabe erwirtschaftete, schlage ein Rückgang der Patientenzahlen unmittelbar auf die Einnahmen des Staatsbades durch. Alle Kliniken in Oeynhausen beklagten stark sinkende Belegung, einzelne sogar eine nur noch 30 bis 50%ige Auslastung. Aufgrund der geschilderten Umstände müsse man mit einem Liquiditätsbedarf von 4,6 Millionen DM rechnen.

Kap. 07 430, Titelgruppe 78 - Zusätzliche ADV-Ausstattung und sonstige Maßnahmen zur Umsetzung der Organisationsuntersuchung im Staatsbad Oeynhausen

689.000 - neu -

Dieser Ansatz solle zur Umsetzung der Organisationsuntersuchung im Staatsbad Oeynhausen und damit dem nach Auffassung der Landesregierung erforderlichen Ziel dienen, das Staatsbad zu einem im Wettbewerb konkurrenzfähigen modernen Dienstleistungsunternehmen umzugestalten.

Den Kernpunkt des Nachtragshaushalts bilde aber die **globale Minderausgabe**. Da der Finanzminister sie in starkem Maße zu Lasten der Förderhaushalte plazierte, entfielen auf den Einzelplan 07 neben der bereits laut Haushaltsplan 1997 zu leistenden Minderausgabe

zusätzlich gemäß Nachtragshaushaltsgesetzesentwurf 103,5 Mio. DM

gleich 20 % der von den Ressorts insgesamt zu erwirtschaftenden globalen Minderausgabe von 500 Millionen DM und damit eine Minderausgabe von

insgesamt 283,9 Mio. DM.

Davon eingespart werden müssten in der

Hauptgruppe 4 - Personalausgaben - 12,8 Mio. DM.

Es bleibe also ein Einsparvolumen für die

Förderbereiche von 271,1 Mio. DM.

Im Hinblick auf das konkrete Verfahren zur Erwirtschaftung einer globalen Minderausgabe erläutert Dr. Horstmann, es liege im Wesen dieser Minderausgabe, sie im Haushaltsvollzug zu realisieren und eben gerade nicht bereits bei der Veranschlagung zu planen.

Zunächst seien im Rahmen des Haushaltsvollzugs systembedingte Ausgabereste global abzuschöpfen; "systembedingt" deshalb, weil die Kameralistik Ausgabereste insofern erzeugen müsse, als das Haushaltsrecht nur unter den sehr engen Voraussetzungen des Notbewilligungsrechts Mehrausgaben, sprich, eine nachträgliche Aufstockung der Ansätze, zulasse, also dazu zwingt, die Ansätze von vornherein auf jeden Fall hinlänglich auszustatten. Dabei spiele es keine Rolle, ob eine solche Mehrausgabe nur wünschenswert oder aber, weil ein Ansatz nicht ausreiche, eine gesetzlich vorgeschriebene Ausgabe zu leisten, dringend erforderlich sei. Aus diesem Grunde habe die Landesregierung im Zuge des Haushaltsaufstellungsverfahrens grundsätzlich auch für gesetzesvollziehende Ausgaben Einzelansätze auszubringen, die auf jeden Fall den Bedarf deckten.

In den vergangenen Jahren seien insofern im Einzelplan 07 regelmäßig

Reste von zirka 300 Mio. DM,

sprich, ein Betrag etwas über der jetzt zu erwirtschaftenden globalen Minderausgabe, angefallen. Die größten Posten hätten dabei mit den größten Ausgabeblöcken des Haushalts korrespondiert, und zwar

- Kindergartenförderung
- EU-Arbeitsmarktprogramme
- Krankenhausförderung.

Bestimmte Bewilligungstechniken führten hier in besonderer Weise zum Entstehen von Ausgaberesten.

Ausgabereste würden auch im laufenden Haushaltsjahr zustandekommen, ob allerdings in dem oben erwähnten Ausmaß, das heiße in einem zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe ausreichenden Umfang, vermöge er gegenwärtig nicht vorherzusagen. Angesichts dieser Unsicherheit könne er Bewirtschaftungsmaßnahmen, um die Erbringung der globalen Minder-

ausgabe zu gewährleisten, im Augenblick noch nicht ausschließen. Im Moment versuche er, sich über den Mittelabfluß ein klares Bild zu verschaffen. Einer Entscheidung bedürfe es insofern alsbald, als die geltende Haushaltssperre mit Wirksamwerden des Nachtrags ihre Gültigkeit verliere. Einen eventuellen Eingriff hätte er ständig anhand der aktuellen Mittelabflüsse zu überprüfen und nachzusteuern. Daraus folge: Zeigte die zukünftige Ausgaben-Ist-Entwicklung die Nichtverausgabung eines hohen Ansatzvolumens, könnte zum Teil oder generell auf eine Bewirtschaftung verzichtet werden.

Hermann-Josef Arentz (CDU) betont das berechtigte und hochrangige Interesse des Parlaments zu erfahren, in welchen Bereichen der Minister beabsichtige, die Einsparung des wirklich nicht unerheblichen Betrages von - abzüglich der Personalausgaben - 271 Millionen DM, sprich: von 4,5 % des Gesamtetats 07, zu erwirtschaften.

Als um so dringender erscheine eine Antwort auf diese Frage, als wegen der vielen gesetzlich festgelegten Leistungen und der zahlreichen schon verausgabten Mittel keineswegs mehr der Gesamthaushalt zur Verfügung stehe. Finanzminister Schleußer habe dazu in einem Gespräch mit der "Kölnische Rundschau" am 9. Juni 1997 gesagt: "Der größte Teil ihrer" - der Länder - "Ausgaben ist fix und politisch kaum beeinflussbar. Es gibt keine ganz konkreten Zahlen, aber nach einer Faustformel liegt die bewegliche Masse im allgemeinen unter 5 %."

Die "bewegliche" und deshalb zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe einzig in Betracht kommende "Masse" im Einzelplan 07 bildeten überwiegend die Mittel für die **freiwilligen Leistungen** mit einem Volumen von überschläglich 800 bis 850 Mio. DM. Die **Einsparnotwendigkeiten** bei diesen freiwilligen Leistungen beliefen sich danach dann nicht mehr auf "nur" 4,5 %, sondern auf 30 %.

Da bei einer solchen Größenordnung nicht mehr das Einsammeln von Ausgaberesten, sondern tiefgreifende Einschnitte dominierten, werde die CDU-Fraktion im Verlauf dieser Diskussion zunächst den Katalog der freiwilligen Leistungen abfragen, um von Minister Dr. Horstmann heute zu hören, in welchen Haushaltsteilen er globale Minderausgaben zu erwirtschaften gedenke oder, falls er eine solche Festlegung heute nicht treffen könne oder wolle, für welche Positionen er Bewirtschaftungsmaßnahmen wenigstens auszuschließen vermöge - und zwar nicht zuletzt, um den mit diesen Geldern arbeitenden Menschen Planungssicherheit zu verschaffen.

Auf die eben gesondert vom Minister erwähnten Punkte "Integration junger Arbeitsloser in die Arbeitswelt", "Liquiditätszuschuß für das Staatsbad Oeynhausen" und "Umsetzung der Organisationsuntersuchung im Staatsbad Oeynhausen" werde er anschließend eingehen.

Wolfram Kuschke (SPD) verweist - erstens - auf die Ausführungen des Finanzministers im Plenum bei Einbringung des Nachtrags, insbesondere dessen Darstellung des Zusammenhangs zwischen dem Erfordernis eines Nachtragshaushalts auf Landesebene und den dafür auf seiten des Bundes liegenden Ursachen.

Zweitens: Die SPD-Fraktion pflichte den Darlegungen Minister Dr. Horstmanns in dessen Schreiben an Herrn Arentz vom 17. Juni dieses Jahres bei: Die Angabe einzelner Positionen

für die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe scheitere nicht an fehlendem Willen, sondern an der de facto insoweit existierenden Unmöglichkeit.

Drittens: Im Sinne einer zügigen Durchführung der Haushaltsberatungen könnte, falls das Verhalten der Opposition dafür Anlaß böte, erwogen werden, auf § 24 Abs. 1 i.V.m. § 45 Abs. 3 der Geschäftsordnung zurückzugreifen.

Minister Dr. Axel Horstmann informiert, er habe den erwähnten Brief vom 17. Juni außer Herrn Arentz den Sprechern der Fraktionen und dem Vorsitzenden zugeleitet.

Hermann-Josef Arentz (CDU) nennt als einen Posten, für den er Klarheit bezüglich der Einbeziehung des Ansatzes in die globale Minderausgabe wünscht, die in **Kap. 07 040 Tit. 684 11** etatisierten "**Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen**" in Höhe von 32 Millionen DM.

Die Einschätzung Wolfram Kuschkes, die Ursachen für den Nachtragshaushalt lägen in Bonn, läßt Herr Arentz nicht gelten. Er sehe sie - und darauf habe die Opposition bereits bei Verabschiedung des Haushalts 1997 eindringlich aufmerksam gemacht - in der Tatsache, daß der von Finanzminister Schleußer vorgelegte Etat auf einer schon zum damaligen Zeitpunkt überholten Steuerschätzung basiert habe. Die Opposition habe den Fehlbestand auf 1 Milliarde DM beziffert und damit, werte man die Steuerschätzungen vom März 1996, November 1996 und März 1997 aus, recht behalten.

Daniel Kreutz (GRÜNE) bittet den Minister, im Rahmen seiner gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten die von den Koalitionsparteien zu Beginn der Legislaturperiode auch im Einzelplan 07 mit dem Ziel, bestimmte Weiterentwicklungen in der Politik des Landes einzuleiten, neu eingerichteten oder verstärkten Titel bzw. Titelgruppen nicht in höherem Umfang zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe heranzuziehen als die übrigen.

Wilhelm Riebinger (CDU) bezieht sich auf Seite 2 des Schreibens vom 17. Juni, wo Minister Dr. Horstmann von erheblichen Minderausgaben jeweils zum Jahresabschluß in den letzten drei Haushaltsjahren spreche, und wünscht zu erfahren, um welche Beträge es sich konkret handele.

Der Forderung nach Auflistung der von der globalen Minderausgabe ausgenommenen Titel begegnet **Minister Dr. Axel Horstmann** mit der Feststellung, nicht herangezogen werden könnten selbstverständlich Positionen, bei denen bereits Bewilligungen ausgesprochen oder Ansprüche gebildet worden seien. Dies werde vermutlich auch für die "**Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen**" zutreffen.

Auch greife, wie schon in vielen Diskussionen beklagt, leider häufig das Zufallsprinzip insofern Platz, als die derzeit noch vorhandene, das heiße für Minderausgaben zur Verfügung stehende Ausstattung der Titel, manchmal von bestimmten unterschiedlichen Bewilligungsprozessen abhänge.

Und stärker als seit Jahren fortgeschriebene Haushaltstitel mit inzwischen eingeschliffenen Mittelabfluß-Regularien stnden die neu eingerichteten oder besonders verstärkten Haushaltspositionen in der Gefahr, zur Realisierung von Einsparungen zum jetzigen Zeitpunkt, also nach Ablauf bereits eines halben Haushaltsjahres, beitragen zu müssen. Er versichere aber, keinen politischen Einfluß auf den Haushaltsvollzug zu nehmen, sondern zu versuchen, dem Willen des Parlaments, dokumentiert in den ausgebrachten Ansätzen, Rechnung zu tragen.

Zu dem Thema "Umfang der in den letzten drei Jahren angefallenen Haushaltsreste" wiederholt Dr. Horstmann seine Eingangsausfhrungen und warnt angesichts der aufgrund der allgemeinen Haushaltslage von Jahr zu Jahr immer engeren Titelausstattung nochmals vor der Annahme, es ergäbe sich mit Sicherheit wiederum ein zur Erbringung der diesjährigen globalen Minderausgabe von 280 Millionen DM ausreichender Betrag. Sein Bestreben, betont Dr. Horstmann abermals, gehe jedoch dahin, die globale Minderausgabe aus systembedingten Ausgaberesten zu bestreiten.

So habe die wegen der brisanten Situation - man habe unbedingt auf der sicheren Seite stehen und vermeiden wollen, daß der Bau auch nur eines Kindergartens an fehlenden Landesmitteln hätte scheitern müssen - regelmäßig äußerst gut dotierte Kindergartenförderung immer eine erkleckliche Summe zu dem 300-Millionen-Rest beigetragen.

Ähnliches gelte für die EU-Arbeitsmarktprogramme. Bewilligt würden bestimmte Maßnahmen. Nhmen an der Maßnahme jedoch weniger Personen teil als vorgesehen, entstünden automatisch - und dann auch nicht mehr anders verplanbare - Überschüsse.

Was die Krankenhausförderung anbelange, handele es sich um Bauprojekte und den damit immer verbundenen Unwägbarkeiten im Mittelabfluß.

Anschließend korrigiert Dr. Horstmann die Einlassung Herrn Arentz' bezüglich der zur Bewirtschaftung der globalen Minderausgabe überhaupt zur Verfügung stehenden Positionen. - Es komme, anders als von Herrn Arentz behauptet, nicht nur der Förderbereich, sondern auch nicht getätigte, gesetzlich verpflichtete Ansätze in Betracht, da die globale Minderausgabe diesmal - anders als manchmal in früheren Jahren - keiner Beschränkung unterliege. Die von Finanzminister Schleußer erwähnten 5 % beruhten auf der Veranschlagungspolitik des Finanzministeriums. Gleichwohl könnten dennoch für die Minderausgabe einsetzbare Reste auch bei gesetzlich verpflichteten Ausgaben dann entstehen, wenn sich zum Beispiel wegen einer Nichtausschöpfung der Kindergartenbaumittel für das Land entsprechend die - ansonsten pflichtgemäß zu leistenden - Betriebskostenzuschüsse reduzierten.

Hermann-Josef Arentz (CDU) will nicht die grundsätzliche Verfügbarkeit des gesamten Haushalts anzweifeln, allerdings habe er das unterschiedliche Ausmaß der Steuerungsmöglichkeiten deutlich machen wollen. Denn während sich gesetzlich vorgeschriebene Leistungen

einem Eingriff weitgehend entzogen, ständen freiwillige Leistung in hohem Maße zur Disposition.

Minister Dr. Axel Horstmann beziffert auf Nachfrage von **Hermann-Josef Arentz (CDU)** die **Ausgabereste** bei den **EU-Arbeitsmarktprogrammen** auf in den letzten Jahren jeweils rund **100 Millionen DM**. Im Bereich der **Krankenhausförderung** schwankten die Reste stark. **In der Spitze** hätten sie bei **160 Millionen DM** gelegen. Über Zahlen für das letzte Jahr verfüge er noch nicht. Und wenn der Ausgabereist bei der mit 1,5 Milliarden DM dotierten **Betriebskostenförderung für Kindergärten** nur **5 %** erreichte - diese Zahl erscheine aufgrund der Erfahrungen realistisch -, bedeutete dies eine Einsparung von **75 Millionen DM**.

Unter dem Aspekt der Planungssicherheit - eine Hängepartie bis Oktober/November betrachte er für die Träger und die von ihnen betreute Klientel für unvertretbar - erkundigt sich **Georg Gregull (CDU)** im einzelnen nach dem beabsichtigten Vorgehen bei folgenden Positionen:

- Kap. 07 020 Titelgruppe 70 - **Förderung von Modellprojekten zur Einrichtung von Sozialbüros**
- Kap. 07 030 Tit. 697 10 - **Hilfsmaßnahmen für Unternehmen der Stahlindustrie zum teilweisen Ausgleich von Sozialplankosten**
- Kap. 07 040 Tit. 684 90 - **Zuschüsse an freie Träger für Erholungsmaßnahmen für ältere besonders bedürftige Menschen**
- Kap. 07 040 Titelgruppe 80 - **Gesellschaftliche Integration von Menschen mit Behinderungen**
- Kap. 07 050 Titelgruppe 60 - **Personalkosten Schuldnerberatung**
Titelgruppe 68 - **Kosten der Durchführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens**

Im weiteren erkundigt sich **Rudolf Henke (CDU)** nach der Einbeziehung folgender Titelgruppen des **Kapitels 07 080 - Maßnahmen für das Gesundheitswesen** - in die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe

- Titelgruppe 63 - **Maßnahmen auf dem Gebiet des epidemiologischen und allgemeinen medizinischen Gesundheitsschutzes**
- Titelgruppe 64 - **Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS)**
- Titelgruppe 71 - **Bekämpfung der Suchtgefahren**
- Titelgruppe 72 - **Förderung von Kurorten im Lande Nordrhein-Westfalen**
- Titelgruppe 81 - **Gesundheitshilfe**

- **Titelgruppe 83 - Zuweisungen und Zuschüsse zur Verbesserung der Versorgung im ambulanten und komplementären psychiatrischen Bereich und zum Ausbau des außerstationären psychiatrischen Bereichs**

und nach etwaigen Gefahren für das inzwischen verkündete **Investitionsförderungsprogramm für Krankenhäuser**.

Minister Dr. Axel Horstmann wiederholt, zu Angaben zu Einzelpositionen sehe er sich gegenwärtig nicht der Lage. Sie würden im Moment überprüft.

Generell könne aber davon ausgegangen werden, daß überall dort, wo es sich um eine institutionelle oder laufende Förderung handele, die Mittel, wie schon vorhin ausgeführt, frühzeitig im Haushaltsjahr gebunden worden seien und nicht mehr der Verfügbarkeit des Hauses unterlägen. Anders bei der im Laufe der Diskussion beschriebenen fallbezogenen Projektförderung, bei der nicht von vornherein die Höhe und der Zeitpunkt des Mittelabflusses festständen. Grundsätzlich könne er aber keine noch nicht ausgegebene Mark bei seinen Überlegungen außen vor lassen.

Auf Nachfragen des **Helmut Harbich (CDU)** sichert **Minister Dr. Axel Horstmann** zu, Zuwendungen, mit denen die Träger eine zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Erreichung der auch politisch gewollten Ziele notwendige **Personalinfrastruktur** vorhielten, sehr sensibel zu behandeln.

Hermann-Josef Arentz (CDU) unterscheidet zwischen der Frage, ob möglicherweise bei den von Herrn Henke genannten Titelgruppen Haushaltsreste blieben und diese dann einen Teil der globalen Minderausgabe bildeten, und der Bitte zu erläutern, ob die Absicht bestehe, diese Titelgruppen von eventuellen Bewirtschaftungsmaßnahmen zu verschonen oder nicht.

Eine diesbezügliche Aussage, so **Minister Dr. Axel Horstmann** erneut, könne er heute nicht treffen.

Wilhelm Krömer (CDU) formuliert die von seinen Vorrednern gestellten Fragen bezogen nochmals auf den Komplex "Personalkosten" sowie für Kap. 07 040 Titelgruppe 95 - **Hilfen für Wohnungslose** - und stellt die Vermutung in den Raum, die in Kap. 07 080 Titelgruppe 72 vorgesehenen Mittel zur "**Förderung von Kurorten im Lande Nordrhein-Westfalen**" könnten sich nach Abschluß der Operation vielleicht an anderer Stelle wiederfinden.

Minister Dr. Axel Horstmann unterstreicht seine vorhin gemachten Aussagen: Bei **Personalkostenförderungen** dürften die Mittel in der Regel für das gesamte Haushaltsjahr gebunden

worden sein. Überall dort, wo ein Vertrauenstatbestand existiere - bei Personalkostenförderung im allgemeinen für das gesamte Haushaltsjahr - könne kein Eingriff mehr erfolgen.

Und daß für einen bestimmten Zweck vorgesehene Gelder am Ende an anderer Stelle wieder auftauchen, scheidet schon deshalb aus, weil es nicht um Umschichtungen, sondern um Minderausgaben, sprich: Einsparungen, gehe.

Wolfram Kuschke (SPD) stellt gemäß § 45 Abs. 3 der Geschäftsordnung den Antrag auf Schluß der Debatte: Der Minister habe - wie schon in seinem Schreiben vom 17. Juni zu lesen - versucht, die Fragen soweit zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich zu beantworten. Es mache deshalb keinen Sinn, wenn die Opposition weitere Titel aufrufe, der Minister aber auch dazu keine über die schon erteilten Auskünfte hinausgehenden geben könne.

Hermann-Josef Arentz (CDU) bezeichnet den Antrag als Killerargument, eine Diskussion abzuwürgen, und als das Undemokratischste, was er in 17 Jahren in diesem Ausschuß erlebt habe. Die Opposition solle damit in ihrem Recht, Nachfragen zum Haushalt zu stellen, beschnitten und mundtot gemacht werden.

Vorsitzender Bodo Champignon stimmt Herrn Arentz insofern zu, als es sich bei dem Recht auf Etatberatung um das höchste Gut des Parlaments handele. Dieses Recht über der Ausschuß allerdings auch aus.

Den vom Vorsitzenden unterbreiteten Vermittlungsvorschlag, die Debatte zum Haushalt zwar fortzusetzen, aber mit Blick auf die Anwesenheitspflicht einiger Abgeordneter in anderen Ausschüssen ab 13 Uhr etwas zügiger vorzugehen, lehnt **Hermann-Josef Arentz (CDU)** in seinem letzten Teil ab: Dieser rein praktische Gesichtspunkt, so Arentz, dürfe nicht zum Abwürgen einer Haushaltsaussprache dienen.

Wolfram Kuschke (SPD) würde seinen Antrag für den Augenblick zurückziehen, verständigte man sich darauf, eine weitere Fragerunde durchzuführen und dann ein Abschlußstatement des Ministers entgegenzunehmen.

Daniel Kreutz (GRÜNE) signalisiert eingeschränkt Verständnis für die Haltung Wolfram Kuschkes. Auch ihm erscheine die Erörterung der generalisierenden Fragen zur Erwirtschaftung globaler Minderausgaben ausweislich der Antworten des Ministers erschöpft. Er plädiere deshalb dafür, zwar die Debatte über den Komplex "Globale Minderausgabe" zu beenden, aber dennoch fortzufahren und sich dabei auf die Beratungsunterlage zu konzentrieren.

Hermann-Josef Arentz (CDU) erklärt sich angesichts einer Größenordnung von 271 Millionen DM und gerade mal einer Dreiviertelstunde Diskussion mit keinem der bisher unterbreiteten Vorschläge, die Debatte zu begrenzen, einverstanden.

Wolfram Kuschke (SPD) zieht seinen Antrag in der Hoffnung auf nur noch eine überschaubare Zahl von Fragen für den Augenblick zurück.

Rudolf Henke (CDU) greift auf die von ihm vorhin angesprochenen Positionen zurück und faßt die Antwort des Ministers dahin zusammen, keine noch nicht verausgabte und nicht gebundene Mark könne davon ausgenommen werden, im Rahmen einer Bewirtschaftungsmaßnahme für die globale Minderausgabe Verwendung zu finden. Zahlen über den Mittelabfluß, so der Minister, lägen aber noch nicht vor. - Diese Einlassung fordere, wie Herr Henke meint, zu der Frage heraus, weshalb es an konkreten Zahlen fehle und wann der Minister meine, sie zu präsentieren in der Lage zu sein.

Minister Dr. Axel Horstmann hält seine Ausführungen zu dem Punkt "Zahlenmaterial" aufrecht und erläutert darüber hinaus, im Krankenhausbereich werde mit Verpflichtungsermächtigungen gearbeitet mit der Folge einer Bindung der Barmittel im aktuell laufenden Haushaltsjahr. Dies bedeute zwar nicht unbedingt, daß keine Haushaltsreste anfielen - sie entstünden schon, falls gebundene Mittel nicht abflößen -, allerdings scheide aufgrund dieser Situation aus, im Krankenhausbereich noch planerisch einzugreifen.

Einen jederzeitigen titelscharfen Einblick in den Stand der Haushaltsbewirtschaftung lasse das zur Verfügung stehende Rechnungswesen leider nicht zu, was er bedauere.

Angelika Gemkow (CDU) betont die Wichtigkeit von **Stützungsmaßnahmen für junge Menschen aus sozialen Problemgruppen und/oder ohne bzw. mit einem schlechten Hauptschulabschluß**, die deswegen keinen Ausbildungsplatz bekämen, und erkundigt sich nach eventuellen Kürzungen speziell aus diesem Sektor sowie insgesamt nach möglichen Eingriffen des Ministers in **arbeitsmarktpolitische Projekte**, denen auch für die Regionen großes Gewicht zukomme.

Vorsitzender Bodo Champignon betrachtet diese Fragestellung als einen fließenden Übergang zu den S. 40/41 des Haushaltsplans. - **Hermann-Josef Arentz (CDU)** hingegen qualifiziert die vorgetragene Fragestellung als eine solche allgemeiner Art und dehnt sie mit Blick auf die jeweils in den letzten Jahren auf dem Gebiet der vom Land kofinanzierten **EU-Arbeitsmarktprogramme** angefallenen Restbeträge von immer rund 100 Millionen DM aus. Diese Tatsache alleine, sprich, der Verzicht auf die Verausgabung von rund 20 % der vom Landtag für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Mittel, erachte er angesichts der hohen Arbeitslosigkeit als äußerst bedenklich. So wäre es Pflicht des Ministeriums, die Gelder für geeignete Maßnahmen zu nutzen, nicht aber, sie als heimliche Sparkasse vorzuhalten. Es

nütze nämlich nichts, publikumswirksam 7 Millionen DM für jugendliche Arbeitslose in den Nachtrag einzubringen, auf der anderen Seite aber auf eine Einsparung von 100 Millionen DM hinzuwirken.

Minister Dr. Axel Horstmann wiederholt auch an dieser Stelle seine früheren Worte, wenn er die Restentstehung im Bereich der **Arbeitsmarktpolitik** als zum Teil dadurch unvermeidbar beschreibt, daß etwa Maßnahmen nicht mit der vorgesehenen Personenzahl, sondern einem geringeren Teilnehmerkreis durchgeführt würden, was nach Spitzabrechnung mit dem Träger zu einem geringen Zuschuß führe als geplant und damit zu einem Rest.

Zweitens: Bedingt durch die Verpflichtung zur **Kofinanzierung** der EU-Gelder mit Landesmitteln und den Willen der Landesregierung, dazu auf jeden Fall im vollen Umfange in der Lage zu sein, pflege die Landesregierung eine Veranschlagungspraxis, die erforderlichenfalls die 100%ige Kofinanzierung erlaube, obwohl es meist in größerem Umfang gelinge, Kofinanzierungsmittel der Landesregierung durch Drittmittel zu ersetzen, d. h. Landesmittel einzusparen. Ein Überschuß sei so vorprogrammiert.

Was die Titelgruppe 86 - **Maßnahmen, die es von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern erleichtern, sich auf den industriellen Wandel sowie auf Veränderungen der Produktionssysteme einzustellen - sozialverträgliche Gestaltung von Innovationsprozessen und deren Analyse und Vermittlung (QUATRO) - Landesanteil** - in Kap. 07 030 anbelange, handele es sich um eine Neuberechnung der finanzwirtschaftlichen Auswirkungen von QUATRO-Maßnahmen. 2,6 Millionen DM des ursprünglichen Ansatzes, die nach Überzeugung der Landesregierung in 1997 nicht verausgabt werden würden, habe man wegen des Überlappens in das nächste Haushaltsjahr unter die Verpflichtungsermächtigungen gefaßt.

Den neu eingebrachten 700 Millionen DM für die **Integration junger Arbeitsloser in die Arbeitswelt** komme insofern eine große Bedeutung zu, als sie es seinem Ressort ermöglichen, unabhängig von der EU-Kulisse tätig zu werden.

Hermann-Josef Arentz (CDU) bittet um Verständnis, aber seine Fraktion sehe sich nicht veranlaßt, sich bereits jetzt in die Einzelberatung, zu der der Vorsitzende mittels der Frage von Frau Gemkow habe überleiten wollen, und damit ein vorgegebenes Korsett zwingen zu lassen. Denn immer noch blieben Fragen zur globalen Minderausgabe offen.

Vorsitzender Bodo Champignon stellt klar, er habe die Fragen von Frau Gemkow als fließenden Übergang zu den Seiten 40/41 des Haushaltsplans betrachtet, habe dies so zum Ausdruck gebracht und die Kapitel und Titelgruppen aufgerufen. Herr Arentz habe Verständnis für sein Handeln signalisiert. Er, Champignon, habe diesen Übergang deshalb als akzeptiert angesehen.

Hermann-Josef Arentz (CDU) betont, zwar habe er in diesem Zusammenhang Verständnis kundgetan, aber ebenso verdeutlicht, daß die Liste der freiwilligen Ausgaben noch eine Reihe

von Positionen enthalte, von denen die CDU erfahren möchte, ob sie mutmaßlich von Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahmen auszuschließen seien oder nicht. Bei den Zuschüssen für die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege habe der Minister eine Nichtinanspruchnahme mit hoher Wahrscheinlichkeit wegen schon erfolgter Mittelzuweisungen bejaht. Hören würde seine Fraktion aber gerne noch etwas über das Schicksal anderer institutioneller Förderungen, als da seien

- die Förderung der Technologieberatungsstelle beim DGB
- die Förderung der Sozialbüros
- die Förderung sozialer Betriebe -

alles Fragen im Zusammenhang mit der globalen Minderausgabe.

Vera Dedanwala (SPD) konstatiert mit großem Vergnügen eine grundsätzliche Trendwende der CDU-Politik. Die Fragestellungen hier zeigten, daß die Fraktion Themen jetzt völlig anders als noch in früheren Aktuellen Stunden des Landtages werte. Beispielsweise habe die CDU in der Plenardebatte über die schlimmen Auswirkungen der Bonner Politik auf die Kurorte die Bonner Maßnahmen noch als umsetzbar, denkbar, richtig und wichtig bezeichnet, während sie heute dringenden Mittelbedarf sehe. Und beispielsweise sei nicht etwa auf Betreiben der hiesigen Opposition, sondern der Koalitionsfraktionen vor einiger Zeit eine Debatte über die damals von der CDU noch dementierten Folgen der Bonner Politik für Therapieplätze für Drogenabhängige geführt worden. Nunmehr fordere die CDU hier die Beibehaltung der Mittel, weil das alles so wichtig sei. Gleiches gelte für die Themen "Arbeitsmarktprogramme", "Jugendarbeitslosigkeit" und "Soziale Betriebe". Von ihr bisher als unnützig gezeißelte Ausgaben fordere die CDU jetzt auf einmal ein. Die SPD werde all diese Anregungen aufnehmen und den nächsten Haushalt so ausgestalten, daß er für die CDU sicher zustimmungsfähig werde.

Rudolf Henke (CDU) versteht den Nachfragebedarf der CDU-Fraktion als den Wunsch, sich Aufschluß zu verschaffen, nicht jedoch als ein Befürworten oder Ablehnen dieser oder jener Entwicklungen und Positionen.

Der Abgeordnete möchte im übrigen wissen, wann Minister Dr. Horstmann - dieser habe das unzulängliche Rechnungswesen selber beklagt - genaue Angaben über den aktuellen Mittelabfluß liefern könne, um danach das weitere Verfahren auszurichten.

Daniel Kreutz (GRÜNE) bittet zum einen den Minister um eine skizzenhafte Darstellung, in welcher Weise die zusätzlichen 7 Millionen DM in Kap. 07 030 Titelgruppe 72 zur "**Integration junger Arbeitsloser in die Arbeitswelt**" eingesetzt werden sollten, und den Vorsitzenden darum sicherzustellen, daß im Rahmen dieser Sitzung auf jeden Fall noch die Punkte "Neuorganisation der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand in Nordrhein-Westfalen" und "Sichere Unterbringung und Beaufsichtigung psychisch gestörter Straftäter gewährleisten" behandelt werden könnten. Er sei nicht bereit, durch Abarbeitung irgendeiner

Titelliste mit immer den gleichen Fragen und deshalb unvermeidbar gleichen Antworten eine zeitliche Blockierung des Beratungsfortgangs hinzunehmen.

Vorsitzender Bodo Champignon unterstützt das Anliegen von Herrn Kreutz, sieht aber aus seiner Funktion heraus keine Möglichkeit der Reglementierung.

Minister Dr. Axel Horstmann bestätigt die Notwendigkeit einer größeren Transparenz des Mittelabflusses, um die Steuerungsmöglichkeiten zu erhöhen. Daran arbeite die Landesregierung als eines der wesentlichen Ziele der Organisationsentwicklung.

Klarheit über den Mittelabfluß - so der Minister erneut - müsse bis zum Wirksamwerden des Nachtragshaushalts - bis dahin gelte bekanntlich die Haushaltssperre - bestehen. Eine Entscheidung über eventuelle Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahmen müßte unmittelbar nach Wirksamwerden des Nachtrags greifen.

Was Maßnahmen zugunsten von arbeitslosen Jugendlichen angehe, so stehe ihre Konzipierung vor dem Abschluß. Endgültiges hoffe er auf der Tagung am 24. Juni zu dem Thema "Jugend-arbeitslosigkeit" sagen zu können. Es handele sich um Maßnahmen im Sinne einer zielgruppenorientierten Arbeitsmarktpolitik für solche Jugendliche, von denen anzunehmen sei, daß sie ohne eine öffentliche Hilfe den Eintritt in den Arbeitsmarkt nicht schafften, so für langzeitarbeitslose Jugendliche.

Wolfram Kuschke (SPD) stellt, da die Opposition seines Erachtens die vom Vorsitzenden gebaute Brücke nicht betreten habe, erneut den Antrag gemäß § 24 Abs. 1 i.V.m. § 45 Abs. 3 der Geschäftsordnung auf Schluß der Debatte.

Dieser Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Nach Ansicht **Hermann-Josef Arentz'** (CDU) handelt es sich "doch wohl nur" um ein Ende der Debatte zur globalen Minderausgabe.

Für den **Vorsitzenden** war der Antrag unmißverständlich dahin formuliert, daß damit das Ende der Haushaltsberatungen insgesamt herbeigeführt werden sollte.

Der **Ausschuß** nimmt dann mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU das Nachtragshaushaltsgesetz - Einzelplan 07 - mit Ausnahme der nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Teile an.